

Niederschrift
über die 3. Sitzung des Sozialausschusses
am 24.03.2015 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Hurnik, Ivo
Kleefisch, Peter Josef
Dr. Leonards-Schippers, Christiane
Nabbefeld, Michael
Naumann, Jochen
Petrauschke, Hans-Jürgen
Rohde, Klaus
Wörmann, Josef

SPD

Berten, Monika
Daun, Dorothee
Franz, Michael
Pöhler, Raoul
Schmerbach, Cornelia
Servos, Gertrud
Zepunkte, Klaudia

ab 10:15 Uhr Nottebohm, Doris

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Müller-Hechfellner, Christine
Schäfer, Ilona
Zsack-Möllmann, Martina

Vorsitzende

FDP

Pohl, Mark Stephen
Runkler, Hans-Otto

Die Linke.

Detjen, Ulrike

Freie Wähler/Piraten

Dr. Grumbach, Hans-Joachim

Verwaltung:

Herr Lewandrowski	LR 7
Frau Hötte	LR 2
Frau Fankhaenel	Fachbereichsleitung 61
Herr Büder	Fachbereichsleitung 71
Frau Lapp	Fachbereichsleitung 72
Herr Flemming	Fachbereichsleitung 73
Herr Dr. Schartmann	Leitung Stabsstelle 70.30
Frau Krause	Leitung Stabsstelle 70.10
Frau Schmitz	Leitung Stabsstelle 70.20
Frau Stenzel	71.10 (Protokoll)
Herr Soethout	Fachbereichsleitung 21
Frau Köcher	12.21
Frau von Berg	Abteilungsleitung 61.50
Frau Lenzen	73.50
Frau Glücks	61.32
Frau Jasper	SBV Dez. 5
Herr Sita	72.72
Frau Kramer	70.10
Herr Bauch	72.10
Herr Dillmann	71.30
Herr Vorsteher	71.30
Frau Esser	21.10
Herr Bräuning	21.10
Frau Franke	PR 7
Herr Sturmberg	03

Gäste:

Herr Huppert	Paritätischer NRW
Herr Brüning-Tyrell	Diakonie RWL
Herr Freibert-Ihns	KoKoBe Düsseldorf
Herr Hovestadt	Ev. Netzwerk Düsseldorf
Herr Goltsche	KoKoBe Köln Longerich
Frau Westerfeld	KoKoBe Köln Süd
Frau Kinnen	KoKoBe Köln Süd
Herr Moll	GF WFB Hemmerden

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 2. Sitzung vom 03.02.2015
3. Verlängerung der Koordinierungsstelle STAR beim LVR-Integrationsamt **14/376**
4. Inklusionsbarometer Arbeit - ein Instrument zur Messung von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt **14/320**
5. Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX **14/366**
6. Qualifizierungs- und Ausbildungsprojekt Schiffsbau im LVR-APX **14/375**
7. Forschungsvorhaben zum Thema: "Inkludierte Gefährdungsbeurteilung" **14/382**
8. Betriebsintegrierte Arbeitsplätze im LVR- Grundsätzliches und aktueller Sachstand **14/395**
9. Haushalt 2015/2016
 - 9.1. Haushaltsanträge
 - 9.1.1. Haushaltsanträge der Fraktionen: Übergang in die Selbstständigkeit und das selbstbestimmte Wohnen **14/32 Die Linke.**
 - 9.1.2. Haushaltsanträge der Fraktionen: Verstetigung des Modellprojektes „Leben von Menschen mit Behinderung in Gastfamilien mit ambulanter Unterstützung“ und Erweiterung des Unterstützungsangebots für die Gastfamilien **14/33 Die Linke.**
 - 9.1.3. Haushaltsanträge der Fraktionen: LVR-Zentrum für Medien und Bildung und Leichte Sprache **14/36 Die Linke.**
 - 9.1.4. Haushaltsanträge der Fraktionen: Beförderungsleistungen nach dem Tarifvertrag und Vergabegesetz, Auskömmlichkeitsprüfung **14/37 Die Linke.**
 - 9.1.5. Haushalt 2015/16; Evaluation ambulanter und stationärer Wohnhilfen **14/38 CDU, SPD**
 - 9.1.6. Haushalt 2015/16; Weiterentwicklung der Förderung des inklusiven ambulanten Wohnens **14/39 CDU, SPD**
 - 9.1.7. Haushalt 2015/16; Änderung der Förderung zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien **14/41 CDU, SPD**

9.1.8.	Haushalt 2015/16; Modul-Ergänzung des LVR-Budgets für Arbeit	14/42 CDU, SPD
9.1.9.	Haushalt 2015/16; Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern	14/43 CDU, SPD
9.1.10.	Haushalt 2015/16; Begleitende (finanzielle) Unterstützung für die Beiratsmitglieder des Inklusionsbeirates	14/44 CDU, SPD
9.1.11.	Haushalt 2015/16; Fachtagung Autismus	14/51 CDU, SPD
9.1.12.	Haushalt 2015/16; Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten	14/54 SPD, CDU
9.1.13.	Haushalt 2015/16; Angebote für Menschen mit besonderem Wohn- und Betreuungsbedarf	14/60 SPD, CDU
9.1.14.	Haushalt 2015/16; Rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung	14/61 SPD, CDU
9.1.15.	Haushalt 2015/16; Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze	14/62 SPD, CDU
9.1.16.	Haushalt 2015/16; Aufnahme von Flüchtlingen an den LVR-Schulen	14/65 SPD, CDU
9.1.17.	Haushalt 2015/16; Verbesserung der Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben	14/73 SPD, CDU
9.1.18.	Haushalt 2015/16; Konzept Kurzzeit- und Verhinderungspflege	14/77 SPD, CDU
9.1.19.	Entwicklung Ferien- und Freizeitmaßnahmen	14/78 SPD, CDU
9.1.20.	Haushalt 2015/16; Bericht über die Erprobung von technischen und/oder nicht-technischen Hilfsmitteln	14/90 CDU, SPD
9.1.21.	Haushalt 2015/2016: Familienplanung für Menschen mit Behinderung	14/95 FDP
9.1.22.	Haushalt 2015/2016: Förderung von inklusiven Wohnprojekten	14/97 FDP
9.2.	Haushalt 2015 / 2016 hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses	14/220/1
10.	Offenlegung der Arbeitsergebnisse 2013 der rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung	14/371
11.	Untersuchung "Wirkfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit der Werkstätten"	14/368

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 12. | Aktuelle Entwicklung und Planung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten | 14/381 |
| 13. | Modularisierung der Werkstattleistungen | 14/383 |
| 14. | Bericht über die Erprobung der Leistungsmodule Serviceorientiert (LM S) und Hintergrunddienst (LM HD) | 14/369 |
| 15. | Anfragen und Anträge | |
| 16. | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 17. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Ende der Sitzung: 11:35 Uhr

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Lewandowski als neuen Landesrat des Dezernates Soziales zu seiner ersten Sitzung des Sozialausschusses.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Anträge 14/95 und 14/97 der FDP-Fraktion wurden nachträglich versandt und liegen noch nicht allen Ausschussmitgliedern vor (neu TOP 9.1.21 und 9.1.22). Die Abstimmung über diese beiden Anträge wird daher einvernehmlich auf den Finanzausschuss vertagt.

Punkt 2

Niederschrift über die 2. Sitzung vom 03.02.2015

Die Niederschrift wird anerkannt.

Punkt 3

Verlängerung der Koordinierungsstelle STAR beim LVR-Integrationsamt Vorlage 14/376

Auf Nachfrage von Herr Dr. Grumbach berichtet Frau Fankhaenel, dass das Programm STAR am 31.12.2017 enden und dauerhaft in die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule – Beruf in NRW“ (KAoA) eingebettet werden soll. Zielperspektive der Programme zur vertieften Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfen (STAR/Initiative Inklusion) ist der landesweite Ausbau dieses Angebotes unter dem Dach des Übergangssystems Schule Beruf NRW – Kein Abschluss ohne Anschluss - (KAoA). Die Anzahl der Jugendlichen, die bis jetzt mit dem Programm STAR eine Ausbildung absolvieren

konnten, wird dem Protokoll beigefügt.

Hinweis

Stand 30.09.2014:

510 beendete Begleitungsprozesse – davon sind 196 in die WfbM gegangen und 314 haben eine nachschulische Perspektive außerhalb der WfbM finden können. 88 Schülerinnen und Schüler konnten direkt in Ausbildung oder betriebliche Beschäftigung vermittelt werden – die restlichen Schülerinnen und Schüler (226) sind nach Schulentlassung in weitere qualifizierende oder berufsvorbereitende Maßnahmen gewechselt (Berufsvorbereitungsjahr, berufsvorbereitende Maßnahme, o.ä.).

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der LVR-Sozialausschuss beschließt gem. Vorlage Nr. 14/376 die Fortführung des Projektes "STAR-Schule trifft Arbeitswelt" im Rahmen einer 4. Förderphase vom 01.07.2015 bis 31.12.2017 und die damit verbundene Fortsetzung der Finanzierung der 6,0 Personalstellen der STAR-Koordinierungstelle zu 50% aus Mitteln der Ausgleichsabgabe und zu 50% aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) sowie der Finanzierung der 1,0 Projektstelle "Initiative Inklusion" für weitere 2,5 Jahre beim LVR-Integrationsamt.

Punkt 4

Inklusionsbarometer Arbeit - ein Instrument zur Messung von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt Vorlage 14/320

Der Bericht zum Inklusionsbarometer wird von den Ausschüssen zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX Vorlage 14/366

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/366 dargestellt, zugestimmt.

Punkt 6

Qualifizierungs- und Ausbildungsprojekt Schiffsbau im LVR-APX Vorlage 14/375

Auf Nachfrage von **Frau Detjen** teilt **Frau Fankhaenel** mit, dass die Ausbildungsplätze für den Beruf Schiffsbau/Schreiner vorgesehen sind.

Frau Schmerbach schlägt vor, dass sich der Sozialausschuss das Projekt in Xanten ansehen solle.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der LVR-Sozialausschuss beschließt die Förderung des Modellvorhabens „Nachbau römischer Einbäume“ im LVR-Archäologischen Park Xanten aus Mitteln der freien Förderung des Landesprogramms aktion5 wie in der Vorlage 14/375 dargestellt.

Punkt 7

Forschungsvorhaben zum Thema: "Inkludierte Gefährdungsbeurteilung" Vorlage 14/382

Auf Nachfragen von **Herr Dr. Grumbach, Herrn Pohl, Frau Detjen und Frau Schmerbach** erläutert **Frau Fankhaenel**, dass zur Vorbereitung und Begleitung des Forschungsvorhabens 2014 eine fünfköpfige Projektleitungsgruppe ins Leben gerufen wurde, der sowohl Vertreter des LVR-Integrationsamtes als auch des Instituts für Arbeitsmedizin sowie der Handwerkskammer Düsseldorf angehören. Hintergrund ist, dass der technische Beratungsdienst des LVR-Integrationsamtes häufig vor der Situation steht, Arbeitgeber dahingehend beraten zu müssen, ob eine bestimmte Arbeitsplatzsituation für einen schwerbehinderten Beschäftigten mit den geltenden Arbeitsschutzbestimmungen übereinstimmt. Wie dies zu geschehen hat, sei für die Arbeitgeber sowie die Integrationsämter bisher nicht hinreichend geklärt. Ziel des Projektes sei, herauszufinden, warum es in bestimmten Berufen / Branchen nicht oder nur schwer möglich ist, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen.

Herr Dr. Grumbach stellt den Antrag, den Beschluss über die Vorlage zurück zu stellen, bis die Verwaltung den Hintergrund nochmals genauer abgeklärt habe. Dieser Antrag wird bei Enthaltung der FDP und gegen die Stimme der Freien Wähler abgelehnt. Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlage abgestimmt.

Der Sozialausschuss fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen von SPD, CDU, Die Linke. und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme der Freien Wähler/Piraten bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Sozialausschuss stimmt der Beauftragung des Institutes für Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik und Ergonomie e.V. (ASER), Wuppertal, mit dem Forschungsvorhaben "Inkludierte Gefährdungsbeurteilung: Entwicklung einer Methodik und einer sie konkretisierenden Handlungshilfe am Beispiel der Behinderungsart Höreinschränkungen" zu.

Punkt 8

Betriebsintegrierte Arbeitsplätze im LVR- Grundsätzliches und aktueller Sachstand Vorlage 14/395

Frau Schmerbach regt an, auch Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf beim LVR anzubieten und bittet, dies auch bei der Beratung im Personalausschuss anzusprechen.

Auf Nachfrage von **Herrn Hurnik** berichtet **Frau Köcher**, dass es im Verwaltungsbereich schwierig sei, passende Arbeitsplätze zu finden. Zum einen müssen die Arbeitsangebote passgenau mit den Fähigkeiten der Person übereinstimmen, zum anderen sind die Aufgaben, die von diesem Personenkreis ausgeübt werden könnten, aufgrund des Technikeinsatzes sehr zurück gegangen. **Herr Hurnik** regt an, in den Abteilungen des LVR, die bisher noch keine betriebsintegrierten Arbeitsplätze geschaffen haben, nochmal die Möglichkeiten zu prüfen.

Frau Lapp antwortet auf die Frage von **Frau Schäfer**, dass grundsätzliches Ziel der betriebsintegrierten Arbeitsplätze der Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sei. Die Zielsetzung werde in jedem Einzelfall individuell geprüft.

Die Vorlage 14/395 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9
Haushalt 2015/2016

Punkt 9.1
Haushaltsanträge

Punkt 9.1.1
Haushaltsanträge der Fraktionen: Übergang in die Selbstständigkeit und das selbstbestimmte Wohnen
Antrag 14/32 Die Linke.

An der Diskussion beteiligen sich **Frau Detjen** und **Herr Wörmann**.

Der Sozialausschuss lehnt den Antrag 14/32 mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Die Linke., Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler/Piraten ab.

Punkt 9.1.2
Haushaltsanträge der Fraktionen:
Verstetigung des Modellprojektes „Leben von Menschen mit Behinderung in Gastfamilien mit ambulanter Unterstützung“ und Erweiterung des Unterstützungsangebots für die Gastfamilien
Antrag 14/33 Die Linke.

Der Antrag wird ausführlich diskutiert. An der Diskussion beteiligen sich **Frau Detjen, Frau Schäfer, Herr Wörmann, Herr Runkler** und **Frau Müller-Hechfellner**.

Der Sozialausschuss lehnt den Antrag 14/33 mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Die Linke., Bündnis 90/Die Grünen, FDP bei Enthaltung der Freien Wähler/Piraten ab.

Punkt 9.1.3
Haushaltsanträge der Fraktionen: LVR-Zentrum für Medien und Bildung und Leichte Sprache
Antrag 14/36 Die Linke.

Herr Pohl schlägt vor, den Beschluss abzuändern, damit die Intention des Antrages deutlicher wird. Es solle aus dem Beschluss hervorgehen, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt.

Einvernehmlich wird der Beschluss geändert, u.a. wird der letzte Satz gestrichen.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden **geänderten** Beschluss:

Die Verwaltung des LVR nimmt Kontakt auf mit dem Land NRW, der Stadt Düsseldorf sowie mit dem Schwesterverband LWL, mit dem Ziel, **zu prüfen**, das LVR-Zentrum für Medien und Bildung als zentrale Instanz in NRW beim Aufbau von Kompetenzen im Bereich Leichte Sprache zu etablieren.

Punkt 9.1.4

Haushaltsanträge der Fraktionen: Beförderungsleistungen nach dem Tariftreue und Vergabegesetz, Auskömmlichkeitsprüfung Antrag 14/37 Die Linke.

An der Diskussion beteiligen sich **Frau Detjen, Frau Schäfer, Herr Wörmann, und Frau Daun.**

Der Sozialausschuss lehnt den Antrag 14/37 gegen die Stimme der Fraktion Die Linke. mehrheitlich ab.

Punkt 9.1.5

Haushalt 2015/16; Evaluation ambulanter und stationärer Wohnhilfen Antrag 14/38 CDU, SPD

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, das Bearbeitungsverfahren bei der Bewilligung ambulanter und stationärer Wohnhilfen intern zu evaluieren. Hierbei sind insbesondere zu berücksichtigen

- Möglichkeiten zur Nutzung längerer Bewilligungszeiträume,
- Entwicklung von differenzierten Verfahren bei Erst- und Folgeanträgen,
- Überprüfung der Arbeit in den Hilfeplankonferenzen mit dem Ziel der qualitativen Weiterentwicklung,
- weitergehende Definition und Klärung einzelner Leistungen/Leistungsmodule und deren Bausteine, damit eine passgenauere Unterstützung der Menschen mit Behinderung erreicht wird und mehr Menschen ambulant unterstützt in der eigenen Wohnung leben können.

Punkt 9.1.6

Haushalt 2015/16; Weiterentwicklung der Förderung des inklusiven ambulanten Wohnens Antrag 14/39 CDU, SPD

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Um die Förderung des inklusiven ambulanten Wohnens für Menschen mit Behinderung konsequent weiterzuentwickeln, wird die Verwaltung aufgefordert,

- zur Verwirklichung dieser Zielsetzung die Arbeit der KoKoBe weiter zu qualifizieren und die Beratungskompetenz zu stärken,
- die KoKoBe bei der Zugangssteuerung und der Hilfeplanerstellung verbindlich einzubinden,
- die Richtlinien und Organisationsstrukturen entsprechend weiterzuentwickeln,
- bei der Förderung des ambulant betreuten Wohnens über die KoKoBe die Möglichkeit zu schaffen, möblierte Wohnungen für ein "Wohnen auf Probe" anzumieten.

Punkt 9.1.7

Haushalt 2015/16;

Änderung der Förderung zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien

Antrag 14/41 CDU, SPD

Der Sozialausschuss fasst **mehrheitlich** gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Förderung des Modellprojektes Finanzierung von spezialisierten Fachdiensten zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien wird ab dem 01.01.2016 nur für die Fachdienste in eine Regelförderung überführt, die die fachlichen Vorgaben und finanziellen Annahmen des Modellvorhabens erfüllt haben.

Punkt 9.1.8

Haushalt 2015/16;

Modul-Ergänzung des LVR-Budgets für Arbeit

Antrag 14/42 CDU, SPD

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, das LVR Budget für Arbeit um ein weiteres Modul zu ergänzen:

- mit dem Ziel, auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sind, einen Wechsel in eine alternative Beschäftigung bei anderen geeigneten Arbeitgebern zu ermöglichen,
- um dazu beizutragen, alle Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben von einer einrichtungsorientierten zu einer personenzentrierten Leistung umzugestalten. Leistungen der Eingliederungshilfe sollen mit Leistungen des Integrationsamtes kombiniert werden können.

Punkt 9.1.9

Haushalt 2015/16;

Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern

Antrag 14/43 CDU, SPD

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, damit Menschen mit Behinderung notwendige Unterstützungen erhalten und in die Lage versetzt werden, eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes/FSJ aufzunehmen.

Darüber hinaus sollen Gespräche mit den Trägern der freiwilligen Dienste aufgenommen werden mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Vergütung in allen LVR-Einrichtungen für die Menschen in den freiwilligen Diensten zu erreichen.

Über das Ergebnis dieser Gespräche ist den Gremien zu berichten.

Des Weiteren soll - nach Möglichkeit ebenfalls mit den Trägern - ein Modell entwickelt werden, wonach den betroffenen MitarbeiterInnen eine Erstattung der Fahrtkosten ermöglicht wird.

Punkt 9.1.10

Haushalt 2015/16;

Begleitende (finanzielle) Unterstützung für die Beiratsmitglieder des Inklusionsbeirates

Antrag 14/44 CDU, SPD

An der Diskussion beteiligen sich **Herr Wörmann, Frau Schäfer, Herr Pohl** und **Frau Daun**.

Die Vorsitzende schlägt vor, den Beschlusstext um den Zusatz „als frei verfügbare Mittel“ zu ergänzen.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden **geänderten** empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, den vom Landesbehindertenrat NRW entsandten Mitgliedern in den Beirat für Inklusion und Menschenrechte die für die Ausübung ihres Mandates notwendige begleitende Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Hierzu wird der LVR pauschale Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 10.000 € dem Landesbehindertenrat **als frei verfügbare Mittel** zur Verfügung stellen.

Punkt 9.1.11

Haushalt 2015/16;

Fachtagung Autismus

Antrag 14/51 CDU, SPD

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Freien Wähler/Piraten folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen einer Fachtagung zum Thema „Autismus“ Fragestellungen in Bezug auf autismusspezifische Maßnahmen sowohl unter fachlichen als auch rechtlichen Aspekten aufzuarbeiten und Menschen mit einer Störung aus dem Autismusspektrum in Bezug auf die Beantragung autismusspezifischer Förderung und Unterstützung eine Orientierung an die Hand zu geben.

Punkt 9.1.12

Haushalt 2015/16;

Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten

Antrag 14/54 SPD, CDU

Herr Soethout berichtet auf Anfrage von **Frau Detjen**, dass der LVR mit 90% und die Provinzial mit 10% an der RBB beteiligt seien.

Frau Schäfer schlägt vor, über die einzelnen Absätze des Beschlussvorschlages differenziert abzustimmen. An der Diskussion beteiligen sich **Herr Pohl, Herr Wörmann, Frau Daun, Herr Runkler** und **Frau Detjen**.

Frau Daun berichtet, dass Intention des Antrages sei, mit der RBB ein Modul für die Entwicklung eines inklusiven Sozialraumes zu schaffen.

Herr Runkler gibt zu bedenken, dass die RBB lediglich über 6 Beschäftigte verfüge, denen es nicht möglich sein werde, selber Bauvorhaben zu planen sowie ein

Beratungsbüro zu installieren.

Frau Detjen schlägt vor, mit einer Fachtagung herauszufinden, was in den Kommunen vor Ort bereits an Kompetenz vorhanden sei.

Der Sozialausschuss stimmt über die Punkte 1-3 sowie bei Punkt 1 über die Absätze 1 und 2 jeweils einzeln ab:

Ziffer 1, Absatz 1:
einstimmige Zustimmung.

Ziffer 1, Absatz 2:
Zustimmung durch die Fraktionen SPD und CDU,
Ablehnung durch die Fraktionen Die Linke., Bündnis90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler/Piraten.

Der Ziffer 1, Absatz 2 wird mehrheitlich zugestimmt.

Ziffer 2:
Zustimmung durch die Fraktionen CDU und SPD,
Ablehnung durch die Fraktionen Die Linke., Bündnis90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler/Piraten.

Der Ziffer 2 wird mehrheitlich zugestimmt.

Ziffer 3:
einstimmige Zustimmung.

Die Verwaltung wird beauftragt:

1.
unverzüglich ein Konzept für eine Neuaufstellung der RBB zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei soll eine neue Namensgebung beraten und beschlossen werden.
Für das Haushaltsjahr 2016 sind Haushaltsmittel bereitzustellen, die erste Umsetzungsmaßnahmen des bis dahin beschlossenen Konzeptes ermöglichen.
2.
bereits vor der Umsetzung eines neuen Konzeptes für die RBB (zunächst) beim LVR eine Organisationseinheit zu bilden, die Mitgliedskörperschaften, sonstige öffentliche und private Bauträger bei der Umsetzung inklusiver Wohnprojekte berät und unterstützt.
3.
für den Herbst 2015 eine Fachtagung zum Thema „inklusive Wohnprojekte“ zu organisieren.

Punkt 9.1.13
Haushalt 2015/16;
Angebote für Menschen mit besonderem Wohn- und Betreuungsbedarf
Antrag 14/60 SPD, CDU

An der Diskussion beteiligen sich **Frau Schäfer** und **Frau Daun**.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Wähler/Piraten folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie viele Menschen beim LVR bekannt sind oder festgestellt werden können, für die es aufgrund der Art und Schwere ihrer Beeinträchtigung in der derzeitigen Struktur von Wohnheimen und Betreuten Wohnangeboten keine ausreichenden Angebote gibt.
Auf dieser Basis sollten entsprechende Perspektiven zur Schaffung bzw. Weiterentwicklung angemessener Wohn- und Betreuungsformen für diesen Personenkreis aufgezeigt werden.

Punkt 9.1.14
Haushalt 2015/16;
Rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung
Antrag 14/61 SPD, CDU

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Modellregion gemeinsam mit den Akteuren vor Ort (Rentenversicherung, Integrationsfachdienst, Agentur für Arbeit etc.) über einen Zeitraum von 3 Jahren eine rentenrechtliche Beratung für Menschen mit Behinderung mit flexiblen Beratungszeiten an einem Standort zu schaffen.
Das Projekt soll (wissenschaftlich) begleitet werden, um die erzielten Effekte zu erkennen und die daraus entstehenden Erkenntnisse auch während der Laufzeit umzusetzen und schließlich einen Abschlussbericht zu erstellen.

Punkt 9.1.15
Haushalt 2015/16;
Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze
Antrag 14/62 SPD, CDU

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, verstärkt Betriebsintegrierte Arbeitsplätze zu schaffen mit dem Ziel, diese in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln.
Zusätzlich sollen (neue) Arbeitsplätze für leistungseingeschränkte MitarbeiterInnen und Menschen mit Behinderung geschaffen werden.
Um hier im gesamten LVR einheitlich vorzugehen, soll unverzüglich ein entsprechendes Konzept entwickelt werden.
Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, eine Übersicht über den LVR (einschl. Eigenbetriebe) zu erstellen, aus der ersichtlich ist, in welchen Bereichen wie viele Menschen mit Behinderung beschäftigt sind.

Punkt 9.1.16
Haushalt 2015/16;
Aufnahme von Flüchtlingen an den LVR-Schulen
Antrag 14/65 SPD, CDU

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** bei Enthaltung der Freien Wähler/Piraten folgenden empfehlenden Beschluss:

In der sich zuspitzenden Situation von Flüchtlingen in den Mitgliedskommunen wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, in wie weit auch die LVR-Schulen die Möglichkeit der Beschulung von Flüchtlingen haben. Zusätzlich ist zu prüfen, welche Hilfsangebote Flüchtlingsfamilien mit Kindern mit Behinderung und/oder traumatisierten Kindern gemacht werden können.

Punkt 9.1.17

Haushalt 2015/16;

Verbesserung der Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben

Antrag 14/73 SPD, CDU

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der LVR-Klinikverbund wird beauftragt, ähnlich dem SUNRISE-Projekt am LVR-Klinikum Essen, Erprobungsvorhaben zu initiieren und unterstützend zu begleiten, die durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Suchtkrankenversorgung an weiteren Klinikstandorten im Rheinland geeignet sind, die Teilhabe Suchtkrankender am Arbeitsleben zu verbessern.

Punkt 9.1.18

Haushalt 2015/16;

Konzept Kurzzeit- und Verhinderungspflege

Antrag 14/77 SPD, CDU

Frau Schäfer schlägt vor, den Begriff der Verhinderungspflege im Beschlussvorschlag abzuändern. **Die Vorsitzende** schlägt Verhinderungswohnen/-unterbringung vor.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden **geänderten** empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Durchführung von Kurzzeit- und Verhinderungs**wohnen/-unterbringung** vorzulegen.

Punkt 9.1.19

Entwicklung Ferien- und Freizeitmaßnahmen

Antrag 14/78 SPD, CDU

An der Diskussion beteiligen sich **Herr Dr. Grumbach, Herr Wörmann** und **Herr Petrauschke**.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, über die Entwicklung der Förderung von Ferien- und Freizeitmaßnahmen seit 2012 zu berichten.

Punkt 9.1.20

Haushalt 2015/16; Bericht über die Erprobung von technischen und/oder nicht-technischen Hilfsmitteln

Antrag 14/90 CDU, SPD

Der Sozialausschuss fasst **mehrheitlich** bei Enthaltung der FDP und gegen die Stimme der Freien Wähler folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht über den derzeitigen Stand der Erprobung von technischen und/oder nicht-technischen Hilfsmitteln zu erstellen und zu prüfen, wo und in welchem Umfang der LVR bei der weiteren Entwicklung und Erprobung von technischen und nicht-technischen Hilfsmitteln unterstützend tätig sein kann. Die Ausschreibung eines Ideen-Wettbewerbs für solche Hilfsmittel für Deutschland oder den Bereich der europäischen Union soll geprüft werden.

Punkt 9.1.21

Haushalt 2015/2016: Familienplanung für Menschen mit Behinderung Antrag 14/95 FDP

Der Antrag wird beraten, die Beschlussfassung wird einvernehmlich auf den Finanzausschuss vertagt.

Punkt 9.1.22

Haushalt 2015/2016: Förderung von inklusiven Wohnprojekten Antrag 14/97 FDP

Der Antrag wird beraten, die Beschlussfassung wird einvernehmlich auf den Finanzausschuss vertagt.

Punkt 9.2

Haushalt 2015 / 2016 hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses Vorlage 14/220/1

Die Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie Freie Wähler/Piraten teilen mit, dass sie an der Abstimmung über den Haushalt nicht teilnehmen, da ihre Fraktion noch nicht abschließend über den Haushalt beraten habe.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** bei Nicht-Beteiligung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., Freie Wähler folgenden Beschluss:

1. Dem Entwurf des Haushaltes 2015 / 2016 der Produktgruppen 034, 040 und 075 im Produktbereich 05 sowie der Produktgruppe 065 im Produktbereich 07 wird gemäß Vorlage 14/220/1 zugestimmt.

2. Dem Entwurf des Haushaltes 2015 / 2016 einschließlich des Veränderungsnachweises der Produktgruppen 016, 017, 035 und 041 im Produktbereich 05 wird gemäß Vorlage 14/220/1 zugestimmt.

Punkt 10

Offenlegung der Arbeitsergebnisse 2013 der rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung Vorlage 14/371

Die Vorlagen 14/371 (TOP 10) und 14/368 (TOP 11) werden zusammen beraten.

Frau Lapp ergänzt, dass die Arbeitsergebnisse bezogen auf die 43 WfbM aus Datenschutzgründen nicht detaillierter dargestellt werden können. Sie bestätigt, dass die Untersuchung im Einvernehmen mit den Werkstattträgern erfolgt. An der Diskussion beteiligen sich **Frau Servos, Frau Detjen** und **Herr Wörmann**.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Offenlegung der Arbeitsergebnisse 2013 der rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung gemäß Vorlage 14/371 zur Kenntnis

Punkt 11

Untersuchung "Wirkfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit der Werkstätten" Vorlage 14/368

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung zur Ausschreibung eines Untersuchungsauftrags zu den Wirkfaktoren auf die Wirtschaftlichkeit der WfbM wird gemäß Vorlage Nr. 14/368 zugestimmt.

Punkt 12

Aktuelle Entwicklung und Planung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten Vorlage 14/381

An der Diskussion beteiligen sich **Frau Lapp, Frau Schmerbach, Herr Wörmann, Frau Detjen** und **Frau Daun**.

Herr Wörmann bittet, zukünftig bei den Formulierungen in den Rahmenzielvereinbarungen die UN-Behindertenrechtskonvention zu beachten und Wertungen zu vermeiden. Ein personenzentrierter Ansatz bedeute ein Wahlrecht für Menschen mit Behinderung, auch bezüglich des Arbeitgebers.

Frau Daun weist darauf hin, dass man Menschen mit besonders hohem Betreuungsaufwand mit der Fallgruppe C nicht gerecht werde.

Frau Detjen bittet um eine NRW-weite Übersicht zum Ende des Projektes.

Frau Lapp teilt ergänzend mit, dass

- Arbeitgeber mehr Möglichkeiten des Zuverdienstes anbieten, als tatsächlich in Anspruch genommen wird,
- die Vermittlung in der Regel durch die Anbieter des Betreuten Wohnens erfolgt, die auch auf die Angebote des Zuverdienstes hinweisen,
- es oftmals schwierig sei, für den Einzelfall eine passgenaue Lösung zu finden,
- die Erhebungs- und Feststellungsbögen für Beschäftigte in rheinischen Werkstätten mit einem zusätzlichen Betreuungsbedarf nach § 10 Abs. 2 WVO neu aufgestellt worden sind,
- die Finanzierung der Pauschalen mit der Freien Wohlfahrtspflege verhandelt wurden und die Verträge bis Ende Februar 2016 gelten.

Sie sagt für die nächste Sitzung des Sozialausschusses zu, die Situation für Beschäftigte in rheinischen Werkstätten mit einem zusätzlichen Betreuungsbedarf nach § 10 Abs. 2 WVO genauer darzustellen.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept

1. zu einem Modell „Ausbildung durch die WfbM“ einschl. einer Kosten-Nutzen-Analyse und
 2. für eine „virtuelle Werkstatt“
- zu erarbeiten und dem Sozialausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, im Jahr 2016 über die Ergebnisse

1. des Modellprojektes „Beschäftigungsmöglichkeiten als Zuverdienst“,
2. der Landesinitiative „Teilhabe an Arbeit – 1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit

Behinderung – als Chance zur Inklusion auf dem Arbeitsmarkt“,
3. des bisherigen Zielvereinbarungsprozesses mit den WfbM
zu berichten, sowie
4. einen Erfahrungsbericht zur Neuausrichtung der Fachausschussarbeit der Werkstätten
vorzulegen.

Punkt 13
Modularisierung der Werkstattleistungen
Vorlage 14/383

Herr Wörmann verweist auf den Haushaltsantrag der CDU-Fraktion 14/42.

Die Ausführungen werden gemäß der Vorlage 14/383 zur Kenntnis genommen.

Punkt 14
Bericht über die Erprobung der Leistungsmodule Serviceorientiert (LM S) und
Hintergrunddienst (LM HD)
Vorlage 14/369

Herr Wörmann bestätigt die Verwaltung darin, zur Differenzierung von Hilfeleistungen
weiterhin ergänzende Module zu entwickeln.

Der Bericht über die Erprobung der Leistungsmodule Serviceorientiert (LM S) und
Hintergrunddienst (LM HD) wird gemäß Begründung der Vorlage 14/369 zur Kenntnis
genommen.

Punkt 15
Anfragen und Anträge

Konsulententeam

Herr Rohde berichtet, dass von 3 Mitgliedern des Teams eine Person länger erkrankt sei
und bittet um Mitteilung, ob ein Ersatz geplant sei.

Herr Dr. Schartmann berichtet, dass ein Ersatz für diese fachlich sehr anspruchsvolle
Arbeit mit Honorarkräften auf Dauer nicht möglich sei. Hilfen hierzu werden seitens der
Verwaltung überlegt.

Resolution zum Bundesteilhabegesetz

Frau Schmerbach berichtet über die Beratung im Inklusionsausschuss. Der LVR wird
aufgefordert, im LA am 22.04.2015 eine Resolution zum Bundesteilhabegesetz zu
verabschieden und diese dann auch an die BAG HKV (Bundesarbeitsgemeinschaft der
Höheren Kommunalverbände) weiterzuleiten.

Herr Lewandrowski erläutert den aktuellen Sachstand zum Bundesteilhabegesetz. Er
erwartet, dass die Bundesregierung Stellung zu den Versprechungen im Koalitionsvertrag
bezieht.

Punkt 16
Mitteilungen der Verwaltung

Herr Flemming berichtet über eine für den 03.06.2015 geplante Fachtagung zum Thema
"10 Jahre Hilfeplankonferenzen", die als eine Praktiker-Tagung angelegt wird.

Punkt 17
Verschiedenes

Inklusionspreis des Landes NRW

Frau Servos weist auf den Flyer "Inklusionspreis des Landes Nordrhein-Westfalen. Jetzt bewerben!" hin, den sie mitgebracht hat. Sie bittet, für diesen Preis zu werben.

Fachtagung „Von Marsmenschen und Menschenwürde – Autismus und Beruf“

Die Vorsitzende dankt der Verwaltung für die hervorragende Tagung vom 21.03.2015.

Solingen, den 17.04.2015

Die Vorsitzende

Z s a c k - M ö l l m a n n

Köln, den 09.04.2015

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i